



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 14.06.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 17. Juni 2024

Fokusthema: **Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der beantragten Nichtgenehmigung einer Fristerstreckung mit der Abschreibung von fünf Postulaten und einer Motion befassen. Anschliessend wird sich der Rat bis zum Sitzungsende mit Vorstössen beschäftigen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Keine Fristerstreckung für dringliches Postulat zur Prämienverbilligung

Während Fristerstreckungsgesuchen des Regierungsrates für gewöhnlich ohne grosse Diskussion stattgegeben wird, ist dies in Bezug auf ein von FDP-Kantonsrat Martin Huber eingereichtes dringliches Postulat nicht zu erwarten. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Fristerstreckung nicht zu gewähren ([KR-Nr. 422/2023](#)). Mit dem dringlichen Postulat wird vom Regierungsrat ein Bericht über die Erfahrungen mit dem neuen System der individuellen Prämienverbilligung verlangt, das im Jahr 2021 eingeführt wurde. Der Regierungsrat begründet seinen Antrag auf Fristerstreckung damit, dass für den Bericht aussagekräftigere Daten zur Verfügung stehen, wenn auch Daten aus dem Jahr 2024 in den Bericht einbezogen werden können. Dies sei innerhalb der gesetzten Frist bis Ende Januar 2025 nicht möglich. Die GPK hat im vorliegenden Fall zwar Verständnis für das Anliegen des Regierungsrates. Aus ihrer Sicht widerspricht eine Fristerstreckung aber aus grundsätzlichen Überlegungen dem Instrument der Dringlicherklärung und wurde vom Gesetzgeber bewusst nicht vorgesehen; dies im Gegensatz zum nicht dringlich überwiesenen Postulat, zu dem die Möglichkeit einer Fristerstreckung in § 54 Abs. 2 des Kantonsratsgesetzes explizit festgehalten ist.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Sechs Vorstösse sollen als erledigt abgeschrieben werden

Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von fünf von sechs Vorstössen zu Gesundheitsthemen sein, welche auf Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) als erledigt abgeschrieben werden sollen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Vorstoss vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Umstritten ist die Abschreibung des Postulats von SP und GLP betreffend «Geschlechterunterschiede in der Medizin» (Traktandum 5). Die KSSG beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, das Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 170/2020](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, geeignete Massnahmen aufzuzeigen, wie den Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der medizinischen Forschung, Prävention und Versorgung mehr Rechnung getragen werden kann. Neben den bereits publik gemachten Massnahmen hat die Gesundheitsdirektion in der Kommission dargelegt, dass sie im Bereich der Prävention geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt. Eine Minderheit (SP, Grüne, EVP, AL)

moniert, dass diese im neuen Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung 2024 nicht explizit dargelegt würden, und fordert einen Ergänzungsbericht. Darin soll auch aufgezeigt werden, was der Regierungsrat zur Sensibilisierung von Leistungserbringern und Gesundheitsfachpersonen beitragen kann. Einstimmig zur Abschreibung beantragt die KSSG derweil folgende Vorstösse:

- das Postulat von FDP, SP, GLP, Mitte und EVP betreffend «Zweckgebundene und transparente Verwendung der Beiträge für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte am USZ» ([KR-Nr. 234/2022](#))
- das Postulat von Grünen, SP, EDU und AL betreffend «Nachhaltige Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung» ([KR-Nr. 245/2021](#))
- das Postulat der SP betreffend «Keine unnötigen Krankenkassen-Betreibungen» ([KR-Nr. 141/2019](#))
- das Postulat von Grünen, SP, FDP und Mitte betreffend «Konzept Gesundheitsförderung und Prävention» ([KR-Nr. 110/2021](#))
- die Motion von GLP, SVP und Mitte betreffend «Einführung einer Gebühr für das Aufsuchen einer Notfallabteilung eines Spitals» ([5725](#))

KSSG-Präsident: Andreas Daurü (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit KR-Nr. 170/2020: Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Vorstösse zum Hausarztberuf, zur Kreislaufwirtschaft und zu intergeschlechtlichen Kindern

Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Rat schliesslich mit der Überweisung von Vorstössen beschäftigen, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch will, unterstützt von SVP und GLP, die Regierung mit einem ursprünglich von Altkantonsrätin Bettina Balmer eingereichten Postulat beauftragen, dem Kantonsrat einen Bericht vorzulegen, wie er die Attraktivität des Hausarztberufes im Kanton zusätzlich zu den bereits vorliegenden Massnahmen steigern will ([KR-Nr. 367/2021](#)). Florian Heer, Kantonsrat der Grünen, möchte den Regierungsrat einladen, in einem Konzept darzulegen, mit welchen Massnahmen die Gesundheitsdirektion eine grösstmögliche Kreislaufwirtschaft fördern kann ([KR-Nr. 384/2021](#)). Und SP-Kantonsrätin Brigitte Rööfli möchte mit Unterstützung von GLP, Grünen, EVP und AL den Regierungsrat auffordern, in einem Bericht darzulegen, wie Grundlagen geschaffen werden können, um die nicht gedeckten Kosten zu decken, welche in der Begleitung von intergeschlechtlichen Kindern und deren Eltern entstehen ([KR-Nr. 394/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, alle drei Vorstösse abzulehnen.

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 402 31 41

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Brigitte Rööfli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich

Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch